



# REGIO LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
201 · Ausgabe Region Bern · August 2022



TANJA BAUER KANDIDIERT FÜR DAS KÖNIZER GEMEINDEPRÄSIDIUM

*«Mein Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen in Köniz zu verbessern und dadurch die ganze Region Bern und auch den Kanton zu stärken.»*

**Liebe Tanja, im März hast du dich als Kandidatin der SP für die Könizer Gemeindepräsidentenwahl vom 25. September zur Verfügung gestellt. Was hat dich dazu motiviert?**

Köniz ist wunderschön und vielfältig – mein Zuhause. Gerne würde ich als Gemeindepräsidentin meine Erfahrung, mein Wissen und meine Kraft einbringen. Für eine soziale, umweltbewusste und innovative Gemeinde, die die Bedürfnisse der Bevölkerung ins Zentrum stellt.

**Im fünfköpfigen Gemeinderat ist Rot-Grün mit zwei Sitzen in der Minderheit. Kannst du als Gemeindepräsidentin trotzdem etwas erreichen?**

Ich bin überzeugt, dass es in Köniz Mehrheiten für eine nachhaltige Politik gibt, bei der das Soziale, die Umwelt und die Wirtschaft Hand in Hand gehen. Die Rolle der Gemeindepräsidentin bietet viel Gestaltungsspielraum, um eine solche positive Entwicklung anzustossen. Mein Ziel ist es, die Lebensqualität der Menschen in Köniz zu verbessern und dadurch die ganze Region Bern und auch den Kanton zu stärken.

**Welche Herausforderungen siehst du für Köniz?**

Dank dem Ja der Stimmbevölkerung hat Köniz wieder ein Budget. Doch damit ist es noch lange nicht getan. Köniz braucht einen Aufbruch – frische Ideen, um wieder vorwärtszukommen und Herausforderungen aktiv

anzupacken. Köniz braucht mehr bezahlbare Wohnungen und eine gute Bildungs- und Betreuungslandschaft. Köniz muss umweltfreundlicher werden mit einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Köniz soll gewerbefreundlich sein, damit sich die lokalen Unternehmen entwickeln können und Innovationen und Ansiedlungen in wichtigen Zukunftsbranchen erleichtert werden. So schaffen wir die Grundlagen für langfristig stabile Finanzen und für wichtige Investitionen in die Bildung, die Infrastruktur und den Klimaschutz.

**Welche Bedeutung hat der Wahlkampf in Köniz für die Region und den Kanton Bern?**

Köniz hat als viertgrösste Gemeinde des Kantons Bern eine volkswirtschaftlich wichtige Funktion. Als Grossrätin bin ich mit der kantonalen Ebene und den umliegenden Gemeinden gut vernetzt. Der Austausch ist sinnvoll, um den Service public und die Infrastruktur gemeinsam bedarfsgerecht zu entwickeln und die Wirtschaftsregion Bern zu stärken. Wichtige gemeinsame Themen sind beispielsweise der ÖV-Ausbau, eine gute Gesundheitsversorgung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Köniz ist vielfältig wie der Kanton Bern. Hier könnten innovative Ideen getestet und gefördert werden.

**In der medialen Berichterstattung über deine Kandidatur war dein Dasein als Mutter ein grosses Thema. Wie gehst du damit um?**

Gemeindepräsidenten sind speziell im Fokus der Öffentlichkeit – Gemeindepräsidentinnen noch viel mehr. Das merke ich bereits als Kandidatin. Aufgrund meiner langjährigen politischen Erfahrung kann ich gut damit umgehen. Auch hoffe ich, viele Frauen für politische Mandate motivieren zu können. Ein Präsidiumswahlkampf bringt viel Sichtbarkeit und noch viel mehr schöne Begegnungen! Ich nutze die Bilder, die auf mich projiziert werden, um inhaltliche Diskussionen anzustossen. Ich mache damit gute Erfahrungen und habe schon viele spannende Gespräche geführt.

Interview: Eva Schmid und Henrik Zimmermann

## ZUR PERSON

Tanja Bauer ist seit ihrem Umzug 2014 in Köniz politisch aktiv. Die 39-jährige Politologin ist Mitglied des Könizer Parlaments und Stiftungsrätin der Bächtelen in Wabern. Als Könizer Grossrätin und Mitglied der kantonalen Finanzkommission verfügt Tanja Bauer über eine breite politische Erfahrung und ein überregionales Netzwerk. Sie hat mehrere kantonale Organisationen strategisch und personell geleitet. Unter anderem ist sie Co-Präsidentin des VPOD Kanton Bern. Sie ist im Berner Oberland aufgewachsen, eine ausdauernde Jasserin, Käseliebhaberin und mag es, in den Alpen zu wandern und mit dem Nachtzug zu verreisen.

PERSONALREGLEMENT DER STADT BERN

# Fortschrittliche Arbeitsbedingungen für einen starken Service public



Lena Allenspach, Co-Präsidentin SP Stadt Bern, Stadträtin, Mitglied und Sprecherin Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt



Bernadette Häfliger, Stadträtin, Vizepräsidentin Kommission für Finanzen, Sicherheit und Umwelt

Mit der Revision des Personalreglements konnten neben einem sprachlichen Facelifting auch zentrale Forderungen der SP/JUSO und der Gewerkschaften durchgesetzt werden. Damit werden in der Stadt Bern fortschrittliche Arbeitsbedingungen realisiert; diese sind Voraussetzung für einen starken Service public. Ein besonderes Anliegen des Stadtrats war es auch, die Vereinbarkeit für Personen mit Betreuungspflichten zu verbessern.

Das Personalreglement, über das der Berner Stadtrat am 18. August in zweiter Lesung beraten hat, ist über 30 Jahre alt. Die Arbeitswelt hat sich seit der letzten Revision fundamental verändert. Sie wird sich in den nächsten Jahren weiter und rasch wandeln, insbesondere mit der digitalen Transformation, aber auch mit der Pensionierungswelle der Babyboomer. Die SP/JUSO-Fraktion hat sich bei der aktuellen Revision dafür starkgemacht, dass die Stadt Bern als Arbeitgeberin für fortschrittliche und verlässliche Arbeitsbedingungen einsteht. Die Mitarbeitenden der Stadt Bern bilden das Rückgrat der Stadt und machen sie so lebenswert, wie sie ist. Für die SP/JUSO ist es ein grosses Anliegen, faire und zeitgerechte Arbeitsbedingungen zu garantieren. Angesichts

des zunehmenden Fachkräftemangels ist dies denn auch eine zentrale Voraussetzung, um weiterhin einen qualitativ hochstehenden Service public gewährleisten zu können.

Menschen, die bei der Stadt Bern arbeiten, gehen ganz unterschiedlichen Tätigkeiten nach. Bei der Ausgestaltung des Personalreglements war deshalb auch zu berücksichtigen, dass nicht alle einen klassischen Verwaltungsjob im Büro haben. Ein Drittel des Personals arbeitet im Handwerk, will heissen in der Hauswirtschaft, Reinigung, im Strassenunterhalt und bei der Entsorgung oder Stadtgrün, bei der Berufsfeuerwehr oder als Tierpflegende. Die Hälfte der Mitarbeitenden hat 2022 in der Stadtverwaltung von Bern nach wie vor keinen Zugang zu einem Computerarbeitsplatz.

## Mindestlohn, bessere Absicherung und mehr Schutz

Mit der Revision hat die SP zwei grundlegende sozialdemokratische Anliegen durchgebracht: die Erhöhung des Mindestlohns auf monatlich 4000 Franken sowie einen effektiven Teuerungsausgleich, der nur in Ausnahmefällen nach Verhandlungen mit den Sozialpartnern ausgesetzt werden kann. Auch konnte erreicht werden, dass auch Aushilfen und Mitarbeitende im Stundenlohn dem Personalreglement unterstellt werden. Damit wird einer langjährigen Forderung der Gewerkschaften Rechnung getragen und ein wichtiger Schritt in Sachen Gleichstellung gemacht. Die Stadt wird mit der Revision endlich auch die Krankentaggeldleistungen auf 730 Tage verlängern. Dies und der Anspruch von gesundheitlich eingeschränkten Mitarbeitenden, in der Stadtverwaltung einen ihrer Situation angepassten Arbeitsplatz zugewiesen zu bekommen, sind wichtige Integrationsmassnahmen, mit der die Stadt Bern ihre soziale Verantwortung wahrnimmt.

## Mehr Gleichstellung in Form von Elternzeit und Mitsprache

Neben vielen anderen wichtigen Änderungen macht die Stadt Bern mit der Revision einen grossen Schritt zur Verbesserung der Vereinbarkeit: Neu werden ein 3-wöchiger vorgeburtlicher Urlaub und ein 8-wöchiger Vaterschaftsurlaub eingeführt. Neben dem bereits geltenden 16-wöchigen Mutterschaftsurlaub wird zudem ein 6-wöchiger Elternurlaub gewährt.

Mit der digitalen Transformation wird sich das Personalreglement weiterentwickeln müssen. Die SP/JUSO verlangt in diesem Zusammenhang in erster Linie den Ausbau des Datenschutzes gegenüber den Mitarbeitenden sowie die Stärkung des Mitspracherechts des Personals.



Entsorgung Recycling Bern

# Asylpolitik in den Gemeinden: Was können wir tun?

In diesen Tagen ist die Asylfrage wieder das diskursbestimmende Thema. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine erleben wir, dass Krieg nach Jahren des Friedens und der Stabilität nach Europa zurückgekehrt ist. Angesichts der medialen Bilderflut von Zerstörung und Gewalt, aber auch der zunehmenden alltäglichen Begegnungen mit geflüchteten Menschen in den Städten und Gemeinden, sind viele unserer Sektionen hoch motiviert, praktische, aber auch politische Hilfestellung zu leisten. Und es gibt auch vieles, was wir bewirken können.



www.zh.ch



Angelo Zaccaria,  
Mitglied Parlament  
Muri-Gümligen

Zunächst einmal ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Asyl, Betreuung und Unterstützung öffentliche Dienstleistungen darstellen. Die kantonalen Behörden und ihre regionalen Partner sind in der Pflicht, für eine gute, adäquate und langfristige Unterbringung und Betreuung zu sorgen. Freiwilligenarbeit ist richtig und wichtig, aber die Gemeinden müssen hier klar den Lead übernehmen und eine umfassende Qualitätskontrolle sicherstellen.

## Aufgaben nicht der Freiwilligenarbeit überlassen

Wir müssen darauf achten, dass die Gemeinden nicht einfach alle Aufgaben im Asylbereich an private Initiativen delegieren, sprich der Freiwilligenarbeit überlassen. Eine enge Begleitung durch staatliche Institutionen und Unterstützung bei der Privatplatzierung sind daher unerlässlich. Darüber hinaus müssen die Grundbedürfnisse in den Bereichen Gesundheit, Mobilität und soziale Integration durch organisatorische

und finanzielle Unterstützung der Gemeinden abgedeckt werden.

Mit kreativen Forderungen wie Gratis-ÖV-Lösungen für Geflüchtete in und zwischen den Gemeinden, erweiterten Kinderbetreuungsangeboten oder Sprachkurs-Gutscheinen können wir die Gemeinden bewegen, ihren diesbezüglichen Service-public-Auftrag zu erfüllen.

## Keine Ungleichbehandlung von Asylsuchenden

Und ganz wichtig ist: Wir dürfen eine Ungleichbehandlung von Asylsuchenden in unseren Gemeinden nicht akzeptieren. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht ist es unhaltbar, dass sich momentan ein Asylsystem unterschiedlicher «Klassen» herauszubilden droht. Ob Ukrainer:innen, Afghan:innen, Syrer:innen oder Somalier:innen – es gibt keine «falschen» und «richtigen» Asylsuchenden. Wir kämpfen für die Gleichbehandlung aller Menschen, für ein menschenwürdiges und solidarisches Asylsystem.



**lifeline.help**

## HILFE FÜR DIE MENSCHEN IN DER UKRAINE

Die Schweizer Hilfsorganisation Lifeline fährt zurzeit wöchentlich mit einem Hilfstransport in die Ukraine. Seit zwanzig Jahren in humanitären Projekten in der Ukraine tätig, verfügt Lifeline über ein grosses Netzwerk vor Ort. Dadurch gelangen die Hilfsgüter in die richtigen Hände und dorthin, wo sie am nötigsten gebraucht werden.

**Weitere Informationen**  
[www.lifeline.help](http://www.lifeline.help)



# Stimmrechtsalter 16, für mehr Demokratie im Kanton Bern!

Letztes Jahr jährten sich zwei Erweiterungen der – weiterhin lückenhaften und bürgerlichen – Demokratie in der Schweiz. Einerseits das Frauenstimmrecht von 1971, mit dem sich zwar der Anteil der Stimmberechtigten an der Wohnbevölkerung mehr als verdoppelte, jedoch weiterhin aufgrund des Ausländer:innen-Anteils von 17,2 Prozent und des Stimmrechtsalters 20 nur 57 Prozent betrug. Im Jahr 1991 wurde dann in der Schweiz das Stimmrechtsalter auf 18 gesenkt. Dadurch stieg der Anteil der Stimmberechtigten bis auf 67 Prozent. Seither sank er jedoch und betrug 2019 noch 64 Prozent. Das bedeutet, dass heute weiterhin nur rund zwei Drittel der Wohnbevölkerung der Schweiz stimmberechtigt sind. Von diesen zwei Dritteln nutzen es bei den meisten Abstimmungen weniger als die Hälfte, bei Wahlen sogar noch weniger.



Jakub Walczak, Vorstandsmitglied der JUSO Stadt Bern

## Demokratische Mitsprache für eine konsequente ökologische und soziale Politik

In einem Land, das mehrere Instrumente einer direkten Demokratie hat, entscheidet also weiterhin eine Minderheit der Bevölkerung. Und genau in dieser Minderheit finden die reaktionären bürgerlichen Kräfte in der gesamten Schweiz, wie auch im Kanton Bern, ihre Mehrheiten, die uns daran hindern, eine konsequente ökologische und soziale Politik umzusetzen. Dieser Zustand muss sich ändern, und dafür müssen wir als Linke kämpfen! Einerseits müssen wir jene Personen überzeugen, die zwar abstimmen dürfen, aber dies nicht tun, ihre Stimme zu

nutzen. Andererseits müssen wir uns aber auch dafür einsetzen, dass mehr Menschen ein demokratisches Mitspracherecht erhalten. Genau dazu haben wir jetzt die Chance: Am 25. September stimmt der Kanton Bern über das Stimmrechtsalter 16 ab.

## Potenzial der Jugend nutzen und Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen

In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie sich junge Menschen unter anderem in der Klimabewegung politisierten, um gegen den Status quo und das kapitalistische System der Ausbeutung der Umwelt einzustehen. Auch in der JUSO sehen wir, wie rasant unsere Mitgliederzahlen gewachsen sind. Dabei spüren wir das Potenzial, das es in der heutigen Jugend gibt, um die heutigen Zustände zu verändern. Zwar können wir nicht alles nur auf Gesetzesebene ändern. Denn für den Aufbau einer Bewegung brauchen wir auch die Organisation in Schulen und am Arbeitsplatz. Dennoch müssen wir auch Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen können und progressive demokratische Mehrheiten schaffen, die es uns erlauben, Änderungen umzusetzen und vorwärtszukommen.

## Aktives Stimm- und Wahlrecht als wichtiger Schritt

Es ist schade, dass sich der Grosse Rat des Kantons Bern nur für ein

aktives Stimm- und Wahlrecht entschieden hat und der Schweizer Pass nach wie vor eine Voraussetzung bleibt. Sowohl junge Menschen wie auch Migrant:innen gehören in lokale Parlamente, um dort direkt Einfluss zu nehmen. Es ist jedoch ein wichtiger Schritt, wenn wir – wie im Kanton Glarus – diese Abstimmungen gewinnen und 16- und 17-Jährige endlich mitbestimmen dürfen, wer in den Parlamenten sitzt, und bei Abstimmungen mitentscheiden können.

Deswegen: Überzeugt euer Umfeld, dass die Demokratie erweitert werden muss! Fangen wir an mit einem Ja zum Stimmrechtsalter 16 am 25. September!



«In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie sich junge Menschen unter anderem in der Klimabewegung politisierten, um gegen den Status quo und das kapitalistische System der Ausbeutung der Umwelt einzustehen.»